



# HERZSCHLAG

Zeitung von und für Kolleg\*innen im Krankenhaus – für mehr Personal, weniger Stress und Hetze



## Wir kämpfen weiter!

**Es gibt keinen Stillstand. Die Bewegung für mehr Personal in Krankenhäusern breitet sich weiter aus.**

In Essen und Düsseldorf wurde nach harten Arbeitskämpfen eine Regelung erstritten. Wegen des beeindruckenden Durchhaltevermögens der Kolleg\*innen an den Unikliniken konnten Zusagen von jeweils 180 Vollzeitstellen, davon jeweils 40 Vollzeitstellen in nicht-pflegerischen Berufsgruppen erreicht werden. Ein System zur Personalbemessung soll eingeführt werden, inklusive eines Konsequenzenmanagements, das bereits nach spätestens drei Tagen greift.

### Großer Erfolg

Das ist ein großer Schritt nach vorn, und es wird wichtig zu sehen, wie dies in der Praxis wirkt. In Homburg im Saarland hatten sich nach Ablauf eines Ultimatums knapp 98 Prozent der ver.di Mitglieder für unbefristeten Streik ausgesprochen. Jedoch brach der Arbeitgeber nach vorheriger Blockade

plötzlich ein und es konnte eine Einigung erzielt werden. Es ist sehr gut zu erkennen, wie die Beschäftigten von den Erfahrungen ihrer Kolleg\*innen der anderen Kliniken lernen konnten.

Bisher wurden nur große Unikliniken bestreikt. Die Ausweitung auf weitere Kliniken bundesweit wäre nötig und wünschenswert; z.B. am Klinikum Augsburg, wo nach Scheitern der Verhandlungen nun die Urabstimmung ansteht.

### Volksbegehren

Eine weitere Protest- und Kampfform stellen die Volksbegehren in Berlin, Hamburg, Bayern - und demnächst auch in Bremen dar. Hier geht es darum, die Landeskrankenhausgesetze so zu verändern, dass verbindliche Personalvorgaben und Hygienestandards in allen Krankenhäusern eingeführt

werden. Über das Unterschriftensammeln gibt es viele Möglichkeiten, mit Menschen ins Gespräch zu kommen und darzustellen, dass Gewinn- und Erlösorientierung im Gesundheitswesen nichts zu suchen haben.

In vielen Städten haben sich Bündnisse gegründet, die diese Volksbegehren unterstützen und durchführen. Am 8./9./10. November wird es in Hamburg ein Vernetzungstreffen geben (siehe Rückseite).

### Wie weiter?

Die Proteste beginnen Wirkung zu zeigen. Jetzt gilt es weiter zu machen, um die Bewegung bundesweit zum Erfolg zu führen. Regelmäßige ver.di-Aktivenkonferenzen sowie bundesweite und regionale Bündnistreffen zum Austausch über Taktiken, Erfahrungen und für die gemeinsame Planung von Strategien sind notwendig. Wir sollten uns vernetzen, um entsprechend Druck von unten aufzubauen.



## Herzschlag: Eure Zeitung

Wir sind Kolleg\*innen aus Krankenhäusern in Bremen, Berlin, Dresden, Hamburg und meinen, dass unsere Bewegung für mehr Personal viel stärker werden muss. Dafür brauchen wir einen besseren Austausch untereinander, um uns zu koordinieren und zu vernetzen. Dazu wollen wir mit der Zeitung einen Beitrag leisten. Wir hoffen, dass noch viele andere Kolleg\*innen mitmachen. Wir setzen nicht auf Lobbyarbeit und wir haben auch keine Illusionen in die leeren Versprechen von Ministern der jetzigen Regierung. Nur Druck von unten kann etwas verändern - hin zu einer bedarfsgerechten Personalausstattung und einem Gesundheitswesen im Interesse der Bevölkerung und nicht der Konzerne.

### Schreibt uns!

Ariane Müller, Krankenschwester, Betriebsratsmitglied, ver.di Betriebsgruppe Klinikum Bremen Mitte\*

Dorit Hollasky, Sozialarbeiterin, Sprecherin ver.di Betriebsgruppe Städt. Klinikum Dresden\*

Silvia Habkost, Krankenschwester, ver.di Betriebsgruppe Vivantes Berlin\*

Stephan Gummert, Krankenpfleger, ver.di Betriebsgruppe Charité Berlin\*

\*Funktionsangaben nur zur Kenntlichmachung der Person

### Impressum:

Herzschlag, Zeitung von und für Kolleg\*innen in Krankenhäusern

### Redaktion:

Ariane Müller, Dorit Hollasky, Silvia Habekost

### V.i.S.d.P.

Ariane Müller, Osterbinderstr.3, 27211 Basson

### Kontakt:

herzschlagkrankenhaus@gmail.com  
www.herzschlagkrankenhaus@wordpress.com



Wir dokumentieren hier einen Beitrag aus „uns reicht“ - Zeitung der unabhängigen Betriebsgruppe Klinikum Bremen Mitte

Liebe Kolleg\*innen,

wir sollten so ein ein Bewusstsein der Stärke und des Stolzes entwickeln, dass die Arbeitgeber und die politischen Entscheidungsträger uns nicht mehr wie bisher abkanzeln können. Ohne uns läuft im Krankenhaus rein gar nichts. Wir erarbeiten die Kohle, die andere aufsaugen. Wenn wir wollen stehen alle Räder still.

Wir arbeiten gerne im Krankenhaus, wir pflegen gerne die Patient\*innen, aber nur unter den Bedingungen, die wir mit unserem Gewissen vereinbaren können. Wir sind keine Sklaven, wir sind keine Schachfiguren. Die Ausbeutung unserer Arbeitskraft muss endlich ein Ende haben.

Wir haben nichts mehr zu verlieren als unsere Würde. Mit Kuchenkrümel als Almosen wie bisher können sie uns nicht mehr ruhig halten. Auch mit einem Stück Sahnetorte lassen wir uns nicht mehr entwickeln. Wir wollen die ganze Torte.

Denn wenn wir etwas im Gesundheitssystem erreichen wollen, müssen wir die Machtfrage stellen. Wir müssen den Druck auf die politischen Entscheidungsträger

permanent hoch halten und ohne bundesweite Streiks und einen flächenhaften Krankenhausaufstand werden wir nichts erreichen.

### Wir wollen u.a.:

- eine verbindliche gesetzliche Personalbemessung nach Bedarf in allen drei Schichten
- keine Nacht alleine
- neues Normalarbeitsverhältnis: 32-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Abschaffung des Fallpauschalensystems
- Rücknahme aller Privatisierungen
- massive Investitionen durch Bund und Länder
- deutlich bessere Bezahlung für alle in der Pflege
- Tarifverträge für alle – auch für die Service- und Reinigungskräfte, die allgemeinverbindlich sind
- Ausbildungsoffensive auf Grundlage der höheren Attraktivität der Berufe
- Verstaatlichung der Gesundheits-, Medizingeräte- und Pharmakonzerne unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch Beschäftigte, Gewerkschaften, Bund/Länder/Kommunen.

www.betriebsgruppen.de/  
bgunsreichts



Image: Olaf Kosinsky (kosinsky.eu), Licence: CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

## Für gesetzliche Personalbemessung nach Bedarf!

von Dorit Hollasky

Mit dem vom Kabinett Anfang August beschlossenen Gesetz, welches in diesen Wochen im Bundestag beraten wird, wird es keine wirkliche Lösung des Personalmangels in der Pflege geben. Zwar soll die Finanzierung von Pflegepersonal zunächst aus den DRG's (Fallpauschalen) herausgenommen werden.

Das ist unmittelbar ein Zugeständnis, das nur durch den massiven Druck der Bewegung erreicht werden konnte. Allerdings wäre es nötig, alle anderen Berufe in den Krankenhäusern auch aus diesem Fallpauschalensystem heraus zu nehmen.

In Zukunft droht allerdings ein neuer Pferdefuß. Über ein kompliziertes Verfahren sollen „Nurse Related Groups“ (NRG's) eingeführt werden, die sich auf die nach Wirtschaftlichkeit ausgerichteten DRG's beziehen würden. Außerdem sollen sogenannte Pflegepersonalquotienten ermittelt werden. Diese sollen sich am völlig unzureichenden Ist-Zustand orientieren, anstatt an dem, was für eine patientengerechte Versorgung gebraucht würde. Stattdessen hat die LINKE einen Antrag eingebracht, in dem sie unter anderem fordert, weitere Berufsgruppen aus

der DRG-Berechnung herauszunehmen und außerdem die Regelung zu den Pflegepersonalquotienten zu verwerfen und stattdessen ein „pfliegewissenschaftlich ermitteltes und valides Instrument zur Ermittlung des Personalbedarfs zu entwickeln“. (linke-fraktion.de) Es steht zu befürchten, dass solche sinnvollen Ansätze keine Mehrheit erlangen.

### Untergrenzen verhindern

In welche Richtung die Regierung geht, zeigen die in einer Verordnung des Gesundheitsministeriums vorab festgesetzten Untergrenzen, die übergangsweise gelten sollen. *verdi* kritisiert: „Eine Pflegekraft für zehn bis 24 Patient/innen – das ist nicht mehr als die Zementierung und Legitimierung der miserablen Personalausstattung. Auch die erlaubte Quote für Hilfskräfte ist zu hoch. (...) Pflegehilfskräfte, Stationsassistentinnen und Leitungskräfte dürfen nicht eingerechnet, sondern nur zusätzlich eingesetzt werden.“ (gesundheit-soziales.verdi.de)

Derartige Untergrenzen sind Teil der kapitalistischen Marktlogik und bedeuten, dass in den Krankenhäusern, die über den festgelegten Untergrenzen liegen, perspektivisch sogar noch Personal abgebaut wür-

de! Stattdessen brauchen wir eine bedarfsgerechte und gesetzliche verbindliche Personalbemessung im Interesse von Patient\*innen und Personal.

### Nachtrag

Kurz vor unserem Redaktionsschluss hat Spahn die Rechtsverordnung für besonders Pflege-sensitive Bereiche im Krankenhaus unterschrieben. Ab dem 1. Januar 2019 gelten Untergrenzen für den Einsatz in zunächst vier Bereichen (Intensivstation, Kardiologie, Geriatrie und Unfallmedizin). Konkret sollen etwa auf Intensivstationen in der Tagesschicht 2,5 Patient\*innen auf eine Pflegekraft kommen, in der Nachtschicht 3,5 zu 1. Ab Januar 2021 sollen dann in der Tagesschicht 2 Patient\*innen auf eine Pflegekraft kommen, in der Nachtschicht ist dann das Verhältnis 3 zu 1. Dies bedeutet auf der Intensivstation 3 im Klinikum Bremen Mitte sogar eine Verschlechterung. Diese Intensivstation hat 16 Betten. In allen 3 Schichten arbeiten 6 Pflegekräfte. Auch in der Nachtschicht finden z.B. Transporte (Op, CCT) statt, werden z.B. Venenkatheter gewechselt und es gibt Verlegungen und Aufnahmen. Schon jetzt ist diese Schichtbesetzung nicht ausreichend. (am)



## Solidaritätsbündnis in Berlin

In vielen Städten haben sich Solidaritätsbündnisse gegründet, um den Kampf für mehr Personal zu unterstützen. Nachdem in Berlin und Hamburg die ersten Volksentscheide auf Landesebene gestartet wurden, haben sich nun auch Kolleg\*innen in Bayern und Bremen angeschlossen.

### Berlin

von Silvia Habekost

Als Unterstützung für die Tarifkämpfe für mehr Personal an der Charité entstand 2013 das „Bündnis Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus“. Es wird getragen von vielen aktiven Kolleginnen und Kollegen aus Berliner Krankenhäusern sowie diversen politischen Gruppen und Initiativen.

Das Bündnis hat einerseits eine wichtige Rolle in der Unterstützung der Tarifaueinandersetzung an der Charité während der Streiks übernommen; andererseits wurden und werden vielfältige Aktionen initiiert und unterstützt:

- die Tarifkämpfe der Tochterunternehmen von Charité und Vivantes

- die TVÖD Runden 2016 und 2018 (Vivantes/Charité)

- die Berlin-weite Petition zur Verankerung von verbindlichen Personalvorgaben im Landeskrankenhausplan – 7000 Unterschriften wurden gesammelt und übergeben

- Unterstützung und eigene Aufrufe zur Demonstration am Frauentag am 8. März

- viel Öffentlichkeitsarbeit durch eigene Pressemitteilungen und Pressekonferenzen

Im Sommer 2017 entschied sich das Bündnis einen Volksentscheid für mehr Personal im Krankenhaus zu initiieren. Ein Gesetzentwurf als Ergänzung für das Landeskrankenhausgesetz wurde geschrieben und als „Volksentscheid für gesunde Krankenhäuser“ eingereicht. In

der Zeit von Februar bis Juni wurden fast 50.000 Unterschriften gesammelt – davon 40.000 als gültig anerkannt. Zum Zeitpunkt der Herausgabe dieser Zeitung dauert die rechtliche Prüfung des Senats noch an.

Der Landesbezirksfachbereichsvorstand hat den Berliner Volksentscheid von Beginn an unterstützt und auch erreicht, dass der Bezirksvorstand, der Landesbezirksvorstand sowie der Landesvorstand des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg mit ins Boot kamen.

Beginnend mit dem Leuchtturm Charité hat nun auch die Gründung eines Unterstützungsbündnisses und dem ersten Volksentscheid für mehr Personal im Krankenhaus Signalwirkung im Rahmen der bundesweiten Bewegung für Entlastung entfaltet. Bundesweit sind über ein Dutzend vergleichbarer Bündnisse entstanden. Weitere Volksentscheide bzw. Volksbegehren gibt es inzwischen in Hamburg und Bayern sowie demnächst auch in Bremen.



# Volksentscheide

## Volksentscheid in Bremen

von Ariane Müller

Laut der Gewerkschaft ver.di fehlen etwa 1.600 Stellen in Bremens Krankenhäusern.

Seit Jahren kämpfen die Pflegekräfte auch in Bremen gegen die krankmachenden Arbeitsbedingungen und für mehr Personal im Krankenhaus. Der nächste Schritt, um das Wohl und die Sicherheit von Patient\*innen zu gewährleisten und um durch eine spürbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen den Pflegeberuf aufzuwerten, wird in Bremen das Volksbegehren „Für mehr Krankenhauspersonal“ sein. Am 23. Oktober werden wir in einer Pressekonferenz das Volksbegehren der Öffentlichkeit vorstellen. Wir werden ab Ende Oktober mit der Stimmensammlung starten. In der ersten Stufe brauchen wir in Bremen etwas über 5.000 Stimmen. Die Hauptinitiatoren sind das „Bremer Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus“, „ver.di Bremen“, „Die Linke Bremen“ und der „Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte“.

### Die Inhalte des Bremer Volksentscheids:

Qualitätsanforderungen – Fachkräfte sichern eine hohe Pflegequalität, Fachkräftequoten sind deshalb zu erhöhen und Mitarbeiter\*innen zu qualifizieren.

Gesetzliche Personalbemessung – Personalvorgaben in Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen nach Bedarf

Als Grundlage kann hier z.B. eine modernisierte Regelung über Maßstäbe und Grundsätze für den Personalbedarf in der stationären Krankenpflege, kurz Pflegepersonal-Regelung (PPR), zurückgegriffen werden.

Personalplanung – Krankenhäuser und Altenpflegeeinrichtungen erstellen jährlich eine Planung, die die Vorgaben an die Fachkräftequote und der Personalbemessung erfüllen. Erfahrungswerte zu z.B. Ausfallzeiten sind zu berücksichtigen.

Kontrollmöglichkeiten – Am Ende eines jeden Kalenderjahres erstellt jede Einrichtung einen Bericht über die Erhaltung der Personalplanung.

Sanktionsmöglichkeiten – werden die Vorgaben (wiederholt) nicht eingehalten, ordnen die zuständigen Behörden Maßnahmen an. Dazu gehören auch Reduzierungen der Betten-, Behandlungs- und Operationskapazitäten.

## Volksentscheid in Bayern

von Stefan Reifberger

In Bayerns Krankenhäusern fehlen 12.000 Pflegekräfte. Dagegen ist im August das Volksbegehren „Stoppt den Pflegenotstand an Bayerns Krankenhäusern“ gestartet. Das ist nach Berlin und Hamburg das erste Volksbegehren in einem Flächenland. In der ersten Phase mussten 25.000 den Antrag auf Zulassung unterzeichnen, das haben wir jetzt schon mit 102.137 Unterschriften übertroffen. Danach folgt das eigentliche Volksbegehren, bei dem sich zehn Prozent der Stimmberechtigten amtlich eintragen müssen. Viele Menschen engagieren sich gerade beim Sammeln. Das führt auch dazu, dass wir uns landesweit vernetzen, eine gute Voraussetzung für den bundesweiten Kampf!



## Streiks an Unikliniken in NRW

Durch die Entschlossenheit und Kampfbereitschaft der Kolleg\*innen an den Unikliniken in Düsseldorf und Essen im Sommer konnten weitere Erfolge im Kampf für mehr Personal erzielt werden. Wir dokumentieren hier in gekürzter Fassung einen Bericht aus Essen.

Alexandra Willer

In diesem Streik ist die bislang eher ohnmächtige, individuelle Wut zum ersten Mal in Entschlossenheit umgeschlagen in die Entschlossenheit, gemeinsam etwas dagegen zu unternehmen. Entsprechend war auch die allgemeine Forderung: Mehr Personal und Entlastung für alle!

### Minderheitenstreik

Unser Streik war ein Minderheitenstreik. Wir waren in Essen durchschnittlich zwischen 200 und 350 Streikende pro Tag. Doch diese Minderheit war sehr entschlossen. Der Vorstand hat vieles versucht, um diese Entschlossenheit zu unterhöhlen und den Streik zu beenden. Doch nichts davon hat funktioniert. Die große Mehrheit der Streikenden hat über Wochen fast täglich bei Aktionen nach innen wie nach außen mitgemacht. Sie haben ihren Streik selber in die Hand genommen.

Über 15 verschiedene Berufsgruppen waren beim Streik dabei: Pflege-

kräfte, Servicekräfte, Reinigerinnen, Elektriker, Labor- und Röntgenassistentinnen, Erzieherinnen, Angestellte der Verwaltung und viele mehr. Außerdem haben Beschäftigten der Tochtergesellschaften des Uniklinikums Düsseldorf mitgestreikt. Eine Forderung unseres Streiks war, dass die Beschäftigten der Tochterfirmen endlich einen Tarifvertrag bekommen. Am Ende waren die Vorstände gezwungen, auch mehr Personal für die nicht-pflegerischen Berufe herauszurücken und Tarifverhandlungen mit den Tochtergesellschaften zuzusagen.

### Solidarität

Wir haben nicht nur von den eigenen Kolleginnen und Kollegen viel Solidarität erfahren, sondern auch von den Patient\*innen und Angehörigen. Wir sind zu rund 20 anderen Krankenhäusern gefahren, zu verschiedenen anderen Betrieben, in zahlreiche Stadtteile. Und überall haben wir fast ausnahmslos Solidarität erfahren, die Menschen haben uns mit ihrer Unterschrift und teilweise auch finanziell unterstützt.

### Was erreicht wurde

Dennoch war das Kräfteverhältnis nicht einfach: ein paar hundert Streikende gegen den Vorstand, die Landesregierung und den bundesweiten Arbeitgeberverband. Umso beeindruckender ist es, was die Streikenden durch ihre Entschlossenheit und die breite Solidarität haben durchsetzen können.

- 180 zusätzliche Arbeitsplätze pro Klinikum, darunter 40 für die nicht-pflegerischen Berufe,
- verpflichtende Besetzungen auf den Stationen, bei deren Unterschreitung Maßnahmen bis hin zu Bettenschließungen ergriffen werden müssen
- und Tarifverhandlungen für die Tochterfirmen.

### Erfahrungen

Doch ein noch größerer Erfolg sind all die Erfahrungen, die gemacht wurden: Das Bewusstsein und Selbstbewusstsein, das hunderte Streikende gewonnen haben und der Zusammenhalt über die Berufsgrenzen hinweg, der in dem Kampf entstanden ist.



# Kämpfen lohnt sich!

Foto: Ralf Quadflieg

**Mit dem Kampf für das kostenlose ÖPNV Ticket am Uniklinikum Frankfurt konnte ein materieller Erfolg erreicht werden. Außerdem wurden Kolleg\*innen zum ersten Mal aktiv.**

**Interview mit Richard Ulrich, Gesundheits- und Krankenpfleger am Uniklinikum Frankfurt, aktiv in ver.di**

**Ihr habt vor Kurzem das Hessenticket für die Beschäftigten erkämpft. Worum genau ging es?**

In der Tarifaueinandersetzung für die Beschäftigten des Landes Hessen konnte 2018 ein Freifahrtticket für den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen durchgesetzt werden. Das Problem war, dass das Uniklinikum einen Haustarifvertrag hat, obwohl der Eigentümer das Land Hessen ist, und deshalb das Ticket nicht für uns galt. Die Ärzt\*innen konnten sich aber das Hessenticket erstreiten, was zu begrüßen war, wodurch aber die Ungleichheit im Betrieb vergrößert wurde. Gerade diejenigen mit höheren Gehältern bekamen zusätzlich das Hessenticket, aber die Mehrheit der Belegschaft ging leer aus.

Das führte zu großem Unmut.

**Mit welchen Aktionen habt ihr den Druck erzeugen können?**

Wir starteten mit einer Unterschriftensammlung, wo fast 4500 Unterschriften gesammelt wurden. Außerdem organisierten wir zwei aktive Mittagspausen und eine größere Protestaktion am 23. Juli mit etwa 250 Kolleg\*innen. Hierüber gab es viele Presseberichte bis hin zur Hessenschau.

Vorher hatten wir noch die Aktion „Gesicht zeigen“ gestartet. Hier wurden Fotos auf Stationen und in Abteilungen von Kolleg\*innen gemacht, mit Plakaten, auf denen das Ticket gefordert wurde. Das führte dazu, dass die Kolleg\*innen in

ihren Teams mehr diskutierten und sich als aktiver Teil der Kampagne sahen.

**Hat das einen positiven Effekt auf das Ansehen von ver.di gehabt? Wie macht ihr weiter?**

ver.di wird als aktive Organisation wahrgenommen. Vor allem war die Lehre, dass Kämpfen sich lohnt. Wir wollen ausgehend von der Kampagne neue Mitglieder für ver.di gewinnen. Wir sammeln jetzt auch Unterschriften dafür, dass auch Beschäftigte der ausgegliederten Service-Betriebe das Ticket bekommen.

Nicht zuletzt hat uns die Kampagne gegen den Personalnotstand, inklusive der Streiks in den Unikliniken in Essen und Düsseldorf, geholfen. So ist die Öffentlichkeit sensibilisiert für die Probleme der Beschäftigten in den Krankenhäusern und es hat eine ermutigende Wirkung.



## Erfolgreiche Demo in Hamburg

von Ariane Müller

Auf der Demo am 22. September 2018 in Hamburg, organisiert vom Hamburger Pflegebündnis, forderten 1500 Pflegekräfte, Hebammen, Ärzt\*innen und Patient\*innen die umgehende Umsetzung der Vorschläge der Volksinitiative gegen den Pflegenotstand im Krankenhaus durch die Bürgerschaft. In der ersten Stufe wurden innerhalb von drei Wochen die benötigten Unterschriften gesammelt, um den nächsten Weg des Volksentscheids zu gehen.

Die Demonstrant\*innen waren besonders empört über das Verhalten der Regierungsparteien. Diese verweigern weitere Gespräche und wollen das Hamburger Verfassungsgericht anrufen, wenn das Volksbegehren vom Bündnis im Oktober eingereicht wird.

Damit ist dann auch klar, dass der Zeitplan für den Volksentscheid zur Bürgerschaftswahl 2020 nicht mehr eingehalten werden kann. Aber in Bayern unterstützt die SPD und die Grünen den inhaltlich identischen Gesetzesvorschlag

der Volksinitiative für ein Volksbegehren „Gegen den Pflegenotstand“.

Kolleg\*innen aus Berlin, Bremen und NRW unterstützten die starke und stimmungsvolle Demo. Besonders der Redebeitrag von den Streiks an den Unikliniken Düsseldorf und Essen wurde mit sehr großem Interesse aufgenommen. Das anfangs sonnige Wetter war uns auch wohlgesonnen. Denn kaum war die Abschlusskundgebung auf dem Gänsemarkt beendet, fing es an zu regnen.

## 9.-11. November: Bundesweites Bündnistreffen

Das Hamburger Bündnis lädt alle Bündnisse, Kolleg\*innen, verdi-Aktive und unabhängige Betriebsgruppen zu einem ersten bundesweiten Treffen vom 9. bis zum 11.11.2018 in der Heinrich-Wolgast-Schule in Hamburg ein.

Das Treffen beginnt am Freitag-

abend um 18.00 Uhr und endet am Sonntag um 12.00 Uhr. Es sind u.a. am Samstag 4 Arbeitsgruppen (Volksbegehren, Tarifaussinandersetzungen, Aktionen einschl. Streiks, Öffentlichkeitsarbeit) vorgesehen. Am Samstagabend um 21.00 Uhr wird für uns der neue Film

„Der marktgerechte Patient“ von Leslie Franke und Herdolor Lorenz (Premiere am 8.11.2018) gezeigt.

Bitte meldet euch rechtzeitig an (auch wegen der Schlafplätze) und wenn ihr Fragen habt unter [info@pflegenotstand-hamburg.de](mailto:info@pflegenotstand-hamburg.de).